

Für ein stabiles und sicheres Europa

(Fortsetzung von Seite 1)

konventionellen Rüstungen lösen. Die Reduzierung und Begrenzung der Streitkräfte und Rüstungen würde unter strenger internationaler Kontrolle erfolgen.

Auf der Tagung wurde hervorgehoben, daß auf der jüngsten NATO-Ratstagung auf höchster Ebene zusätzliche Vorschläge zu den konventionellen Streitkräften in Europa unterbreitet wurden, die den Positionen der verbündeten sozialistischen Länder entgegenkommen. Die Teilnehmer der Tagung erwarten, daß diese präzisiert und in Kürze am Verhandlungstisch in Wien vorgelegt werden. Es wurde die Entschlossenheit der Teilnehmerstaaten des Warschauer Vertrages bekräftigt, alles zu tun, um so schnell wie möglich positive Ergebnisse auf den Wiener Verhandlungen zu erreichen, und die Meinung zum Ausdruck gebracht, daß es die Lage in den Verhandlungen bei einem konstruktiven Herangehen aller Teilnehmer erlauben würde, bereits 1990 erste Übereinkünfte zu erreichen. Experten werden beauftragt, operativ die entsprechenden Vorschläge zu ergänzen.

Die von den Teilnehmerstaaten des Warschauer Vertrages zur Verwirklichung ihrer Verteidigungsdoktrin unternommenen praktischen Schritte zur einseitigen Reduzierung ihrer Streitkräfte und Rüstungen sowie deren Ausrichtung auf eine eindeutige Verteidigungsstruktur, die Verringerung der Rüstungsproduktion sowie die Kürzung der Militärausgaben schaffen günstige materielle und politische Voraussetzungen, um den Prozeß der Rüstungsbegrenzung und des Abbaus der militärischen Konfrontation konsequent fortzusetzen.

Die Teilnehmerstaaten des Warschauer Vertrages erwarten, daß die NATO-Länder mit eigenen Schritten zur Reduzierung der Streitkräfte, Rüstungen, Militärausgaben und militärischen Aktivitäten antworten.

Die Teilnehmer der Tagung sprachen sich für die strikte Einhaltung der Stockholmer Vereinbarungen, für die Annahme und Weiterentwicklung neuer vertrauens- und sicherheitsbildender Maßnahmen auf den Verhandlungen der 35 KSZE-Teilnehmerstaaten, für die Ausdehnung der Maßnahmen der Ankündigung, Beobachtung und Begrenzung auf alle Arten der militärischen Aktivitäten der Staaten, einschließlich der Aktivitäten der Luft- und Seestreitkräfte aus.

Einen gewichtigen Beitrag zur Festigung des Vertrauens und der Sicherheit sowie zur Erhöhung der Stabilität auf dem Kontinent soll die Schaffung eines Zentrums zur Verringerung der Kriegsgefahr und der Verhinderung eines Überraschungsangriffs in Europa erbringen, eines Organs mit Informations- und Beratungsfunktionen.

Auf die Festigung von Vertrauen und Sicherheit sind auch andere Vorschläge gerichtet, die die Teilnehmerstaaten des Warschauer Vertrages in den Verhandlungen unterbreitet haben.

Ein bedeutsamer Schritt, der den Prozeß der Abrüstung und der Festigung der europäischen Sicherheit auf ein qualitativ neues Niveau heben könnte, wäre die Einberufung eines Treffens der höchsten Repräsentanten der 35 KSZE-Teilnehmerstaaten, auf dem die auf diesen Gebieten erzielten Ergebnisse erörtert und zugleich in die Zukunft reichende Aufgaben festgelegt würden.

Die verbündeten sozialistischen Länder bringen ihre Hoffnung zum Ausdruck, daß die Erörterung der Militärdoktrinen, ihres Charakters, ihrer politischen und militärisch-technischen Aspekte, ihrer weiteren Entwicklung dem Übergang zu militärischen Konzeptionen und Doktrinen, die auf reinen Verteidigungsprinzipien beruhen, dienen wird.

Stabilität und Sicherheit in Europa können nicht vollständig und zuverlässig ohne die Lösung des Problems der taktischen Kernwaffen gewährleistet werden. Hinzu kommt, daß in dem Maße, wie die Reduzierung der konventionellen Rüstungen vorankommt, die destabilisierende Wirkung der taktischen Kernwaffen anwachsen würde. In diesem Zusammenhang rufen die Pläne der NATO zur Modernisierung der taktischen Kernwaffen besondere Besorgnis hervor.

Die Teilnehmerstaaten des Warschauer Vertrages, die eine gewisse Entwicklung in den Positionen der NATO-Länder hinsichtlich der Verhandlungen zu taktischen Kernwaffen in Europa feststellen, appellieren an die NATO-Länder, das Problem der taktischen Kernwaffen nicht durch Modernisierung, sondern durch selbständige Verhandlungen, die auf eine etappenweise Reduzierung dieser Mittel gerichtet sind, zu lösen. Sie bekräftigen ihren diesbezüglichen Vorschlag.

Die Teilnehmer der Tagung bringen ihre Unterstützung für die Absicht der Sowjetunion zum Ausdruck, im Falle der Bereitschaft der NATO-Länder, Verhandlungen zu den taktischen Kernwaffen aufzunehmen, zur weiteren einseitigen Reduzierung der taktischen Nuklearraketen in Europa überzugehen.

einseitig vom Territorium der verbündeten sozialistischen Länder 500 Gefechtsköpfe der taktischen Kernwaffen abzubauen sowie ihre Bereitschaft, in den Jahren 1989-1991 von den Territorien ihrer Verbündeten alle Arten nuklearer Munition unter der Bedingung abzubauen, daß die USA einen analogen Schritt tun.

Die Teilnehmerstaaten des Warschauer Vertrages sind davon überzeugt, daß die etappenweise Reduzierung und danach die Beseitigung der taktischen Kernwaffen in Europa zusammen mit einer radikalen Reduzierung der Streitkräfte und konventionellen Rüstungen effektiv die Kriegsgefahr verringern und das gegenseitige Vertrauen festigen würden.

Um Sicherheit und Stabilität auf einem immer niedrigeren Niveau des militärischen Gleichgewichts zu gewährleisten, muß die Bedeutung der Seestreitkräfte und ihrer Aktivitäten, die sich destabilisierend auf die Lage auswirken und die Sicherheit in Europa und in anderen Regionen bedrohen können, berücksichtigt werden. Die Teilnehmer der Tagung sprechen sich dafür aus, den Dialog zu dieser Problematik zu aktivieren. Sie erachten es für notwendig, gesonderte Verhandlungen der interessierten und in erster Linie der bedeutenden maritimen Staaten zu beginnen.

Auf der Tagung wurde hervorgehoben, daß es die Reduzierung der Militärausgaben erlaubt, die freigesetzten Mittel für die Bedürfnisse der sozialökonomischen Entwicklung zu verwenden. In diesem Zusammenhang erlangt die effektive Lösung des Problems der Umstellung der militärischen Produktion auf zivile Belange große Bedeutung. Es könnte zu einem Gegenstand internationaler Konsultationen, darunter auch im Rahmen der UNO werden.

Es wurde zugleich die große Bedeutung gemeinsamer und individueller Initiativen zur Lösung der Sicherheitsprobleme einzelner Regionen des Kontinents hervorgehoben. Die Teilnehmerstaaten weisen insbesondere auf die Vorschläge zur Schaffung eines kernwaffenfreien Korridors und einer chemiewaffenfreien Zone in Mitteleuropa, zur Reduzierung der Rüstungen und Erhöhung des Vertrauens in Mitteleuropa, zur Schaffung einer Zone des Vertrauens, der Zusammenarbeit und gutnachbarlicher Beziehungen entlang der Berührungslinie der Staaten beider Bündnisse, zur Schaffung einer kern- und chemiewaffenfreien Zone auf dem Balkan, zur Umwandlung des Mittelmeeres in eine Zone des Friedens und der Zusammenarbeit, zur radikalen Verringerung des Niveaus der militärischen Konfrontation im Norden Europas. Sie befürworten multilaterale und bilaterale praktische Maßnahmen zur Verwirklichung dieser Initiativen.

Die Teilnehmerstaaten des Warschauer Vertrages sind der Ansicht, daß die Abrüstungsmaßnahmen mit strikten und adäquaten Kontrollmaßnahmen einhergehen müssen. Sie sind bereit, auf wirksamste Lösungen einzugehen, die zur Schaffung eines umfassenden Kontrollsystems für Abrüstung führen. In diesem Zusammenhang könnte die Organisation der Vereinten Nationen eine positive Rolle spielen.

Die Teilnehmerstaaten des Warschauer Vertrages erinnern an ihren jüngsten Appell an die Mitgliedsländer des Nordatlantischen Bündnisses mit dem Aufruf, die sich gegenwärtig eröffnenden Möglichkeiten für die vollständige Überwindung der Folgen des „kalten Krieges“ in Europa und der gesamten Welt zu nutzen. Sie bekräftigen ihre prinzipielle Position zugunsten der Auflösung beider militärisch-politischer Bündnisse.

III.

Im Mittelpunkt der Anstrengungen der Teilnehmerstaaten des Warschauer Vertrages steht weiterhin die Gewährleistung von Stabilität und Sicherheit in Europa, die Konsolidierung von Beziehungen neuen Typs, die auf der Überwindung der Konfrontation, der Festigung des Vertrauens und der gutnachbarlichen Beziehungen basieren. Sie treten für die Entwicklung einer umfangreichen gleichberechtigten und gegenseitig vorteilhaften Zusammenarbeit auf den verschiedenen Gebieten, für die Teilnahme aller Länder und Völker an der Lösung der dringenden Probleme des Kontinents ein. Ein wesentliches Element beim Aufbau eines neuen Europas muß auch weiterhin der gesamteuropäische Prozeß sein.

In der festen Absicht, allseitig die Vertiefung des Helsinki-Prozesses zu unterstützen, gehen die Teilnehmer der Tagung davon aus, daß ein Europa des Friedens und der Zusammenarbeit nicht losgelöst von all dem geschaffen werden kann, was im Verlauf von Jahrhunderten wie auch in den letzten Jahrzehnten auf dem Kontinent geschaffen wurde. Die Unterschiede zwischen einzelnen Staaten oder ihren Gruppierungen dürfen nicht die gegenseitige Verständigung und das Zusammenwirken behindern. Im Gegenteil, die Vielfalt der Erfahrungen der europäischen Völker kann zu einer Quelle gegenseitiger Bereicherung werden. In diesem Zusammenhang ist es wichtig, daß die Prozesse in verschiedenen Teilen des Kontinents der Entwicklung zwischenstaatlicher Beziehungen auf bilateraler, multilateraler und gesamteuropäischer Grundlage dienen.

Die auf der Tagung vertretenen Staaten messen der Stärkung der gegenseitig vorteilhaften wirtschaftlichen und wissenschaftlich-technischen Zusammenarbeiten zwischen den KSZE-Teilnehmerstaaten große Bedeutung bei. Das würde es jedem Land erlauben, seine materiellen und menschlichen Ressourcen sowie die Möglichkeiten der internationalen Arbeitsteilung im Interesse seiner sozialökonomischen Entwicklung optimal zu nutzen. Notwendig ist, Hindernisse und Einschränkungen der Entwicklung

von Handels-, Wirtschafts-, Technik- und Produktionsbeziehungen zu beseitigen sowie den gegenseitigen Zutritt zu modernen Technologien zu erweitern. Besondere Bedeutung erlangt die Entwicklung und Vertiefung der multilateralen und bilateralen Zusammenarbeit bei der Lösung herangereifter ökologischer Probleme. Europa könnte diesbezüglich zu einem Beispiel werden.

Wesentlicher Bestandteil der auf die Gesundung der Lage in Europa gerichteten Anstrengungen sind die Erweiterung des Zusammenwirkens auf humanitärem Gebiet, die Unterstützung der Beziehungen zwischen den Menschen, die Entwicklung der Zusammenarbeit auf dem Gebiet des Austauschs und der Weiterverbreitung von Informationen sowie die Förderung der Zusammenarbeit und des Austauschs auf dem Gebiet der Kultur und Bildung.

KOMMUNIQUE

der Tagung des Politischen Beratenden Ausschusses der Teilnehmerstaaten des Warschauer Vertrages

Am 7. und 8. Juli 1989 fand in Bukarest eine Tagung des Politischen Beratenden Ausschusses der Teilnehmerstaaten des Warschauer Vertrages über Freundschaft, Zusammenarbeit und gegenseitigen Beistand statt.

Daran nahmen teil:

Von der Volksrepublik Bulgarien - Todor Shiwkow, Generalsekretär des Zentralkomitees der Bulgarischen Kommunistischen Partei und Vorsitzender des Staatsrates der Volksrepublik Bulgarien, Leiter der Delegation; Georgi Atanasow, Mitglied des Politbüros des ZK der BKP, Vorsitzender des Ministerrates der VRB; Dobri Dshurov, Mitglied des Politbüros des ZK der BKP, Minister für Volksverteidigung der VRB; Petyr Madenow, Mitglied des Politbüros des ZK der BKP, Minister für Auswärtige Angelegenheiten der VRB; Dimitry Stanischew, Sekretär des ZK der BKP;

Von der Tschechoslowakischen Sozialistischen Republik - Miloš Jakeš, Generalsekretär des Zentralkomitees der Tschechoslowakischen Partei der Kommunisten und Vorsitzender des Staatsrates der Tschechoslowakischen Sozialistischen Republik; Ladislav Adamec, Mitglied des Präsidiums des ZK der KPTsch, Vorsitzender der Regierung der CSSR; Jozef Lenárt, Mitglied des Präsidiums des ZK der KPTsch, Sekretär des ZK der KPTsch; Jaromir Johanes, Minister für Auswärtige Angelegenheiten der CSSR; Milan Václavík, Mitglied des ZK der KPTsch, Minister für Nationale Verteidigung der CSSR.

An der Tagung nahmen auch der Oberkommandierende der Vereinten Streitkräfte der Teilnehmerstaaten des Warschauer Vertrages, Armeegeneral P. G. Luschew, und der Generalsekretär des Politischen Beratenden Ausschusses, der Stellvertreter des Ministers für Auswärtige Angelegenheiten der Sozialistischen Republik Rumänien, Constantin Oancea, teil.

Die Teilnehmer der Tagung führten einen Meinungsaustausch über die entstandene internationale Lage und erörterten die Hauptprobleme des Zusammenwirkens der verbündeten Staaten im Interesse von Frieden und Stabilität in Europa, der Abrüstung, der Vertiefung des internationalen Dialogs und der Zusammenarbeit.

Es wurde hervorgehoben, daß es dank der aktiven Politik der sozialistischen Staaten und dem Wirken aller friedliebenden und realistisch denkenden Kräfte gelungen ist, eine Reihe positiver Veränderungen im internationalen Leben zu erreichen, Spannungen und Konfrontation abzubauen, das Vertrauen zu festigen, den politischen Dialog zu entwickeln, die Kontakte zwischen den Staaten auf verschiedenen Ebenen zu intensivieren. Es wurden erste Schritte auf dem Gebiet der Abrüstung unternommen und ein effektiv funktionierender Kontrollmechanismus geschaffen. Ermutigend ist der Beginn der Wiener Verhandlungen. Es erweitert sich die Zusammenarbeit auf wirtschaftlichem und wissenschaftlich-technischem Gebiet und im Bereich der Menschenrechte. Es wurden Fortschritte bei der politischen Regelung regionaler Konflikte erzielt. Es wächst die Bereitschaft der Weltgemeinschaft, auf dem Gebiet der Sicherheit und Lösung globaler Probleme zusammenzuwirken.

Dennoch ist die Lage in der Welt nach wie vor kompliziert und widersprüchlich, sind die günstigen Prozesse noch nicht unumkehrbar geworden. Das Anhäufen von Waffen und ihre Modernisierung halten an. Kernwaffenfestes und die Arbeiten zur Militarisierung des Kosmos werden fortgesetzt. Die in den Jahren des „kalten Krieges“ entstandenen Konzeptionen der Konfrontation und der Politik der Stärke werden nur mit Schwierigkeiten überwunden. Ein gefährlicher, den Interessen der gemeinsamen Sicherheit zuwiderlaufender Anarchismus ist nach wie vor die Strategie der nuklearen Abschreckung, die auf der jüngsten NATO-Ratstagung erneut bekräftigt wurde. Die Einmischung in die inneren Angelegenheiten anderer Staaten, Versuche ihrer Destabilisierung und die Verletzung der

Menschenrechte werden fortgesetzt. Die Teilnehmerstaaten halten an ihrem Ziel fest, die Menschheit von der Kriegsgefahr durch die Beseitigung der nuklearen und chemischen Waffen und die wesentliche Verringerung der konventionellen Rüstungen zu befreien. Sie betrachten die Abrüstung als wichtigste Frage der Gegenwart. Sie ist ein entscheidender Faktor für die Festigung des Friedens, der Sicherheit und des Vertrauens, der Vertiefung der Entspannung, der Entwicklung einer umfangreichen internationalen Zusammenarbeit und der Lösung der globalen Probleme.

Große Bedeutung messen die Teilnehmerstaaten des Warschauer Vertrages der Entwicklung des gesamteuropäischen Prozesses auf allen Gebieten bei. Insbesondere geht es darum, ein neues Niveau der Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa zu erreichen, bei der Errichtung eines unteilbaren Europas des dauerhaften Friedens und der Zusammenarbeit, eines gemeinsamen europäischen Hauses, voranzukommen, in dem Länder mit unterschiedlicher sozialer und staatlicher Ordnung existieren und die entstandenen territorialen und politischen Realitäten, die Unverletzlichkeit der bestehenden Grenzen, die Souveränität sowie das Recht eines jeden Volkes geachtet werden, sein Schicksal frei zu bestimmen. Es wurde die Entschlossenheit der Teilnehmerstaaten zum Ausdruck gebracht, nach Kräften zur Verwirklichung der auf dem Wiener Treffen erzielten Vereinbarungen beizutragen, um den Frieden und die Sicherheit in Europa zu festigen und die gegenseitige Verständigung und Zusammenarbeit auf unserem Kontinent zu verbessern.

Die Positionen der verbündeten Staaten zu den Fragen der Gewährleistung der europäischen und internationalen Sicherheit und der Fortsetzung des Abrüstungsprozesses werden in der auf der Tagung angenommenen Erklärung „Für ein stabiles und sicheres Europa, frei von nuklearen und chemischen Waffen, für eine wesentliche Reduzierung der Streitkräfte, Rüstungen und Militärausgaben“ dargelegt.

Die Teilnehmer der Tagung sprechen sich dafür aus, den Beziehungen zwischen dem Warschauer Vertrag und dem Nordatlantischen Bündnis einen konfrontationsfreien Charakter zu verleihen, einen konstruktiven Dialog zwischen ihnen auf politischem und militärischem Gebiet zu entfalten sowie ihn in einen Faktor der Sicherheit und Zusammenarbeit auf dem Kontinent zu verwandeln. Gleichzeitig halten die Teilnehmerstaaten des Warschauer Vertrages ihre prinzipielle Position zur Befreiung Europas von Militärbündnissen, zur gleichzeitigen Auflösung beider Bündnisse, angefangen bei ihren militärischen Organisationen, aufrecht.

Die Teilnehmerstaaten des Warschauer Vertrages unterstützen die Bewegung der Nichtpakgebundenen im internationalen Leben. Sie äußerten die Hoffnung, daß das bevorstehende Gipfeltreffen der nichtpakgebundenen Länder dazu dienen wird, den Beitrag der Bewegung zur Lösung der Schlüsselprobleme der Gegenwart sowie ihre Autorität und ihren Einfluß zu erhöhen. Die auf der Tagung vertretenen Staaten messen der weiteren Entwicklung der Beziehungen zu den nichtpakgebundenen Ländern und dem Zusammenwirken mit ihnen in internationalen Angelegenheiten große Bedeutung bei.

Die Teilnehmerstaaten des Warschauer Vertrages unterstützen die Bewegung der Vereinten Nationen bei der Lösung der globalen Probleme unter aktiver Teilnahme der Vereinten Nationen und für die Errichtung einer neuen internationalen Wirtschaftsordnung zu veranlassen. Auf der Tagung wurde die Notwendigkeit unterstrichen, die weiterhin bestehenden diskriminierenden Beschränkungen für die Entwicklung gleichberechtigter Beziehungen auf den Gebieten von Handel, Wirtschaft, Wissenschaft und Technik sowie für den Zutritt zu moderner Technologie zu beseitigen. Die Wirtschaftsbeziehungen dürfen nicht durch politische oder andere Vorbedingungen behindert werden.

Bei der Erörterung der Fragen der Zusammenarbeit auf dem Gebiet der Erhaltung und der Verbesserung der Umwelt bekräftigten die Teilnehmer der Tagung die Haltung ihrer Staaten, die im Dokument der Warschauer Tagung des Politischen Beratenden Ausschusses (1988) „Folgen des Wettbewerbs für die Umwelt und andere Aspekte der ökologischen Sicherheit“ dargelegt wurde. Sie sind bereit, aktiv mit anderen Ländern sowohl auf multilateraler als auch auf bilateraler Grundlage bei der Lösung der Umweltprobleme zusammenzuwirken. Sie unterstützen die erfolgreiche Durchführung des Treffens zum Umweltschutz in Sofia im Herbst dieses Jahres, um es zu einem wichtigen Schritt bei der Verstärkung der internationalen Zusammenarbeit auf diesem Gebiet zu machen, sowie die Vorbereitung der für 1992 vorgesehenen UNO-Konferenz über Umwelt und Entwicklung.

Die Teilnehmer der Tagung unterstrichen die wichtige Rolle der Bewegung der Nichtpakgebundenen im internationalen Leben. Sie äußerten die Hoffnung, daß das bevorstehende Gipfeltreffen der nichtpakgebundenen Länder dazu dienen wird, den Beitrag der Bewegung zur Lösung der Schlüsselprobleme der Gegenwart sowie ihre Autorität und ihren Einfluß zu erhöhen. Die auf der Tagung vertretenen Staaten messen der weiteren Entwicklung der Beziehungen zu den nichtpakgebundenen Ländern und dem Zusammenwirken mit ihnen in internationalen Angelegenheiten große Bedeutung bei.

Die Teilnehmerstaaten des Warschauer Vertrages unterstützen die Bewegung der Vereinten Nationen bei der Lösung der globalen Probleme unter Teilnahme aller Länder, unabhängig von deren Größe und sozialer Ordnung. Sie treten dafür ein, die Effektivität der UNO zu erhöhen und die Aktivitäten dieser Organisation zur Festigung des Friedens stärker zu nutzen. Es ist wichtig, die UNO in die Anstrengungen zur Verhinderung internationaler Krisen aktiv einzubeziehen.

Die Teilnehmer der Tagung in-formierten einander über die innere Entwicklung in ihren Ländern, über Verlauf und Probleme

jeglichen Erscheinungen von Revanchismus und Chauvinismus, allen Formen von Feindschaft zwischen den Völkern eine entschiedene Abfuhr zu erteilen. Wie die gesellschaftlichen Kräfte in einigen westeuropäischen Ländern sind sie besorgt über die dort anwachsenden Erscheinungen des Neonazismus.

Die verbündeten sozialistischen Staaten messen der Gewährleistung der militärisch-politischen und territorialen Stabilität in Europa erstrangige Bedeutung bei. Sie gehen davon aus, daß jedes Volk selbst das Schicksal seines Landes bestimmt und das Recht hat, selbst das gesellschaftspolitische und ökonomische System, die staatliche Ordnung, die es für sich als geeignet betrachtet, zu wählen. Für die Gestaltung der Gesellschaft gibt es nicht nur einen Standard.

Stabilität setzt den Verzicht auf Konfrontationsdoktrinen, auf Gewalt sowie die Unzulässigkeit einer direkten und indirekten Einmischung in die inneren Angelegenheiten anderer Staaten voraus. Kein Land darf den Verlauf der Ereignisse innerhalb eines anderen Landes diktiert, kei-

ner darf sich die Rolle eines Richter oder Schiedsrichters anmaßen.

Die Teilnehmer der Tagung unterstrichen die Wichtigkeit, die innere Entwicklung in ihren Ländern, über Verlauf und Probleme

nen der Erörterung der Fragen der Zusammenarbeit auf dem Gebiet der Erhaltung und der Verbesserung der Umwelt bekräftigten die Teilnehmer der Tagung die Haltung ihrer Staaten, die im Dokument der Warschauer Tagung des Politischen Beratenden Ausschusses (1988) „Folgen des Wettbewerbs für die Umwelt und andere Aspekte der ökologischen Sicherheit“ dargelegt wurde. Sie sind bereit, aktiv mit anderen Ländern sowohl auf multilateraler als auch auf bilateraler Grundlage bei der Lösung der Umweltprobleme zusammenzuwirken. Sie unterstützen die erfolgreiche Durchführung des Treffens zum Umweltschutz in Sofia im Herbst dieses Jahres, um es zu einem wichtigen Schritt bei der Verstärkung der internationalen Zusammenarbeit auf diesem Gebiet zu machen, sowie die Vorbereitung der für 1992 vorgesehenen UNO-Konferenz über Umwelt und Entwicklung.

Die Teilnehmerstaaten des Warschauer Vertrages unterstützen die Bewegung der Vereinten Nationen bei der Lösung der globalen Probleme unter Teilnahme aller Länder, unabhängig von deren Größe und sozialer Ordnung. Sie treten dafür ein, die Effektivität der UNO zu erhöhen und die Aktivitäten dieser Organisation zur Festigung des Friedens stärker zu nutzen. Es ist wichtig, die UNO in die Anstrengungen zur Verhinderung internationaler Krisen aktiv einzubeziehen.

Die Teilnehmer der Tagung in-formierten einander über die innere Entwicklung in ihren Ländern, über Verlauf und Probleme

jeglichen Erscheinungen von Revanchismus und Chauvinismus, allen Formen von Feindschaft zwischen den Völkern eine entschiedene Abfuhr zu erteilen. Wie die gesellschaftlichen Kräfte in einigen westeuropäischen Ländern sind sie besorgt über die dort anwachsenden Erscheinungen des Neonazismus.

Die verbündeten sozialistischen Staaten messen der Gewährleistung der militärisch-politischen und territorialen Stabilität in Europa erstrangige Bedeutung bei. Sie gehen davon aus, daß jedes Volk selbst das Schicksal seines Landes bestimmt und das Recht hat, selbst das gesellschaftspolitische und ökonomische System, die staatliche Ordnung, die es für sich als geeignet betrachtet, zu wählen. Für die Gestaltung der Gesellschaft gibt es nicht nur einen Standard.

Stabilität setzt den Verzicht auf Konfrontationsdoktrinen, auf Gewalt sowie die Unzulässigkeit einer direkten und indirekten Einmischung in die inneren Angelegenheiten anderer Staaten voraus. Kein Land darf den Verlauf der Ereignisse innerhalb eines anderen Landes diktiert, kei-

ner darf sich die Rolle eines Richter oder Schiedsrichters anmaßen.

Die Teilnehmer der Tagung unterstrichen die Wichtigkeit, die innere Entwicklung in ihren Ländern, über Verlauf und Probleme

jeglichen Erscheinungen von Revanchismus und Chauvinismus, allen Formen von Feindschaft zwischen den Völkern eine entschiedene Abfuhr zu erteilen. Wie die gesellschaftlichen Kräfte in einigen westeuropäischen Ländern sind sie besorgt über die dort anwachsenden Erscheinungen des Neonazismus.

Die verbündeten sozialistischen Staaten messen der Gewährleistung der militärisch-politischen und territorialen Stabilität in Europa erstrangige Bedeutung bei. Sie gehen davon aus, daß jedes Volk selbst das Schicksal seines Landes bestimmt und das Recht hat, selbst das gesellschaftspolitische und ökonomische System, die staatliche Ordnung, die es für sich als geeignet betrachtet, zu wählen. Für die Gestaltung der Gesellschaft gibt es nicht nur einen Standard.

Stabilität setzt den Verzicht auf Konfrontationsdoktrinen, auf Gewalt sowie die Unzulässigkeit einer direkten und indirekten Einmischung in die inneren Angelegenheiten anderer Staaten voraus. Kein Land darf den Verlauf der Ereignisse innerhalb eines anderen Landes diktiert, kei-

ner darf sich die Rolle eines Richter oder Schiedsrichters anmaßen.

Die Teilnehmer der Tagung unterstrichen die Wichtigkeit, die innere Entwicklung in ihren Ländern, über Verlauf und Probleme

jeglichen Erscheinungen von Revanchismus und Chauvinismus, allen Formen von Feindschaft zwischen den Völkern eine entschiedene Abfuhr zu erteilen. Wie die gesellschaftlichen Kräfte in einigen westeuropäischen Ländern sind sie besorgt über die dort anwachsenden Erscheinungen des Neonazismus.

Die verbündeten sozialistischen Staaten messen der Gewährleistung der militärisch-politischen und territorialen Stabilität in Europa erstrangige Bedeutung bei. Sie gehen davon aus, daß jedes Volk selbst das Schicksal seines Landes bestimmt und das Recht hat, selbst das gesellschaftspolitische und ökonomische System, die staatliche Ordnung, die es für sich als geeignet betrachtet, zu wählen. Für die Gestaltung der Gesellschaft gibt es nicht nur einen Standard.

Stabilität setzt den Verzicht auf Konfrontationsdoktrinen, auf Gewalt sowie die Unzulässigkeit einer direkten und indirekten Einmischung in die inneren Angelegenheiten anderer Staaten voraus. Kein Land darf den Verlauf der Ereignisse innerhalb eines anderen Landes diktiert, kei-

ner darf sich die Rolle eines Richter oder Schiedsrichters anmaßen.

Die Teilnehmer der Tagung unterstrichen die Wichtigkeit, die innere Entwicklung in ihren Ländern, über Verlauf und Probleme

jeglichen Erscheinungen von Revanchismus und Chauvinismus, allen Formen von Feindschaft zwischen den Völkern eine entschiedene Abfuhr zu erteilen. Wie die gesellschaftlichen Kräfte in einigen westeuropäischen Ländern sind sie besorgt über die dort anwachsenden Erscheinungen des Neonazismus.

Die verbündeten sozialistischen Staaten messen der Gewährleistung der militärisch-politischen und territorialen Stabilität in Europa erstrangige Bedeutung bei. Sie gehen davon aus, daß jedes Volk selbst das Schicksal seines Landes bestimmt und das Recht hat, selbst das gesellschaftspolitische und ökonomische System, die staatliche Ordnung, die es für sich als geeignet betrachtet, zu wählen. Für die Gestaltung der Gesellschaft gibt es nicht nur einen Standard.

Stabilität setzt den Verzicht auf Konfrontationsdoktrinen, auf Gewalt sowie die Unzulässigkeit einer direkten und indirekten Einmischung in die inneren Angelegenheiten anderer Staaten voraus. Kein Land darf den Verlauf der Ereignisse innerhalb eines anderen Landes diktiert, kei-

ner darf sich die Rolle eines Richter oder Schiedsrichters anmaßen.

Die Teilnehmer der Tagung unterstrichen die Wichtigkeit, die innere Entwicklung in ihren Ländern, über Verlauf und Probleme

jeglichen Erscheinungen von Revanchismus und Chauvinismus, allen Formen von Feindschaft zwischen den Völkern eine entschiedene Abfuhr zu erteilen. Wie die gesellschaftlichen Kräfte in einigen westeuropäischen Ländern sind sie besorgt über die dort anwachsenden Erscheinungen des Neonazismus.

IV.

Die Teilnehmer der Tagung unterstrichen die Wichtigkeit, die innere Entwicklung in ihren Ländern, über Verlauf und Probleme

jeglichen Erscheinungen von Revanchismus und Chauvinismus, allen Formen von Feindschaft zwischen den Völkern eine entschiedene Abfuhr zu erteilen. Wie die gesellschaftlichen Kräfte in einigen westeuropäischen Ländern sind sie besorgt über die dort anwachsenden Erscheinungen des Neonazismus.

Die verbündeten sozialistischen Staaten messen der Gewährleistung der militärisch-politischen und territorialen Stabilität in Europa erstrangige Bedeutung bei. Sie gehen davon aus, daß jedes Volk selbst das Schicksal seines Landes bestimmt und das Recht hat, selbst das gesellschaftspolitische und ökonomische System, die staatliche Ordnung, die es für sich als geeignet betrachtet, zu wählen. Für die Gestaltung der Gesellschaft gibt es nicht nur einen Standard.

Stabilität setzt den Verzicht auf Konfrontationsdoktrinen, auf Gewalt sowie die Unzulässigkeit einer direkten und indirekten Einmischung in die inneren Angelegenheiten anderer Staaten voraus. Kein Land darf den Verlauf der Ereignisse innerhalb eines anderen Landes diktiert, kei-

ner darf sich die Rolle eines Richter oder Schiedsrichters anmaßen.

Die Teilnehmer der Tagung unterstrichen die Wichtigkeit, die innere Entwicklung in ihren Ländern, über Verlauf und Probleme

jeglichen Erscheinungen von Revanchismus und Chauvinismus, allen Formen von Feindschaft zwischen den Völkern eine entschiedene Abfuhr zu erteilen. Wie die gesellschaftlichen Kräfte in einigen westeuropäischen Ländern sind sie besorgt über die dort anwachsenden Erscheinungen des Neonazismus.

Die verbündeten sozialistischen Staaten messen der Gewährleistung der militärisch-politischen und territorialen Stabilität in Europa erstrangige Bedeutung bei. Sie gehen davon aus, daß jedes Volk selbst das Schicksal seines Landes bestimmt und das Recht hat, selbst das gesellschaftspolitische und ökonomische System, die staatliche Ordnung, die es für sich als geeignet betrachtet, zu wählen. Für die Gestaltung der Gesellschaft gibt es nicht nur einen Standard.

Stabilität setzt den Verzicht auf Konfrontationsdoktrinen, auf Gewalt sowie die Unzulässigkeit einer direkten und indirekten Einmischung in die inneren Angelegenheiten anderer Staaten voraus. Kein Land darf den Verlauf der Ereignisse innerhalb eines anderen Landes diktiert, kei-

ner darf sich die Rolle eines Richter oder Schiedsrichters anmaßen.

Die Teilnehmer der Tagung unterstrichen die Wichtigkeit, die innere Entwicklung in ihren Ländern, über Verlauf und Probleme